

BS-Beschluss öffentlich
B190-07/15

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 06/373
 Erfassungsdatum: 23.06.2015

Beschlussdatum:
29.06.2015

Einbringer:

Fraktion Kompetenz für
Vorpommern / Piratenpartei

Beratungsgegenstand:

Streichungen an der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft	24.06.2015	11.1		12	0	0
Bürgerschaft	29.06.2015	7.13		mehrheitlich	0	3

Birgit Socher
 Präsidentin

Beschlusskontrolle:

Termin:

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	
Finanzhaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald missbilligt die drohenden Kürzungen in der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald.
2. Die Präsidentin der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald werden gebeten, sich gemeinsam mit der Hochschulleitung der Universität Greifswald gegenüber der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns dafür einzusetzen, dass diese Kürzungen abgewendet werden.

Sachdarstellung/ Begründung

Schon seit längerem ist die Ausfinanzierung der Universität Greifswald Gesprächsstoff in der Öffentlichkeit. Seit mehreren Jahren machen verschiedene hochschulpolitische Akteure auf die finanzielle Schieflage der Universität Greifswald aufmerksam. Zwar konnte durch einen ausgehandelten Kompromiss zwischen Hochschulleitung und Bildungsministerium zur Verteilung der sogenannten BAföG-Millionen zusätzliches Geld für die Universität Greifswald eingeworben werden, allerdings reichen die zusätzlichen Finanzmittel und ihre Verteilung nicht aus, um alle Einrichtungen der Universität auskömmlich zu finanzieren.

Das Land erhält vom Bund jedes Jahr zusätzlich 30 Millionen Euro, die für die Hochschulen und den Bildungsbereich in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt werden sollen. Der ausgehandelte Kompromiss zwischen Landesregierung und Hochschulen beinhaltet allerdings, dass nur ein geringer Teil (ca. 9 Millionen Euro) direkt den Hochschulen und Universitäten zu Gute kommt. Würde sich die Landesregierung zu den Vereinbarungen bekennen, die mit der Bundesregierung getroffen worden und die gesamten Finanzmittel in den Hochschulbereich geben, könnten die drohenden Kürzungen an der Philosophischen Fakultät in ihrer vollen Härte abgefangen werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass durch das veraltete Landespersonalkonzept des Landes immer noch an elf Jahre alten Einsparungsvorgaben festgehalten wird, obwohl die aktuelle finanzielle und hochschulorganisatorische Realität damals und heute nicht mit den Grundprämissen des Landespersonalkonzeptes übereinstimmen.

Die vorliegenden Kürzungen in der Philosophischen Fakultät bergen eine erhebliche Gefahr für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald. So sieht ein Einsparzenario die Streichung von einer der drei Professuren an der Slawistik vor. Die Slawistik ist gleichzeitig auch die Heimat des international bekannten Festivals **polenmARkT**. Der polenmARkT ist eines der kulturellen Highlights im Stadtjahr von Greifswald und trägt den Namen der Stadt über die Landesgrenzen hinaus. Gleiches gilt für die Streichung einer Professur am Institut für Kirchenmusik und Musikwissenschaft, das mit seinem Personal und den dort ansässigen Mitgliedern ein weiteres kulturelles Highlight, die **Bachwoche**, in Greifswald jährlich durchführt. Auch das Institut für Fennistik und Skandinavistik, das Institut des **Nordischen Klangs**, sieht sich mit Kürzungen im Mittelbau konfrontiert. Somit sind mindestens drei kulturellen Aushängeschilder der Universität Greifswald und damit auch der Universitäts- und Hansestadt Greifswald von den vorliegenden Kürzungsplänen bedroht.

Die vorgesehene Streichung der Lektorate im Fachbereich **Deutsch als Fremdsprache** könnte für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ebenso drastische Folgen nach sich ziehen. Die gestiegenen Zahlen von Asylsuchenden für ganz Deutschland bringen einige Herausforderungen mit sich, die bei einer erfolgreichen Integration und Aufnahme gemeistert werden müssen. Hier ist vor allem die Sprachausbildung ein wichtiger Baustein. Der Fachbereich Deutsch als Fremdsprache bildet aktuell junge Menschen dafür aus, dass Sie z.B. die dringend benötigten **Sprachkurse für Asylsuchende** durchführen können. Ein Wegfall der Lektorate wäre eine erhebliche Schwächung und würde auch eine deutliche Verschlechterung der Attraktivität des Studienganges Deutsch als Fremdsprache nach sich ziehen.

Abschließend ist festzuhalten, dass die vorliegenden Kürzungspläne in Ihrer Gesamtheit der Entwicklung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald schaden, da durch die Schließung von Studiengängen und Instituten auch die dazu gehörigen Dozierenden und Studierenden zukünftig nicht mehr in Greifswald leben werden. Neben den kulturellen Verlusten droht damit auch ein Rückschlag für die sich gut entwickelnden Einwohnerzahlen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

In Anbetracht dieser Situation sollte sich auch die Greifswalder Bürgerschaft massiv den Kürzungsplänen entgegenstellen. Gemeinsam mit der Studierendenschaft, den Dozierenden

und anderen hochschulpolitischen Akteuren könnte durch öffentlichen Druck eine Abwehr der Kürzungsvorschläge erreicht werden. Die Stadt zehrt von der Vitalität der Universität. Leidet die Vitalität der Universität Greifswald und ihrer Einrichtungen, so spürt das auch direkt und in voller Härte die Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bürgerschaft sollten dem Stadtnamen „Universitätsstadt“ gerecht werden und den Betroffenen den Rücken stärken.